

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und
Tourismus
von Montag, 04.07.2022,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:39 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Balleier
Herr Stefan Breunig
Frau Sylvia Deckert
Herr Thomas Grün
Frau Petra Münzel
Herr Günther Oettinger
Herr Ralf Reichwein
Herr Jörg Reinmuth

bis 16:32 Uhr

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jürgen Reinhard
Herr Thomas Zöller

Vertretung von Herrn Zöller
Vertretung von Herrn Fath-Halbig

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Andreas Fath-Halbig
Herr Ulrich Frey
Frau Karin Passow
Herr Peter Schmitt

vertreten durch Herrn Zöller

vertreten durch Herrn Reinhard

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Seidel
Herr Feil
Frau Mika

Technik und Protokoll

Ferner haben teilgenommen:

Frau Horn, Odenwald Tourismus GmbH
Herr Seiterle, Touristinform. Spessart-Mainland
Herr Gasper, ZENTEC GmbH

zu TOP 1
zu TOP 2
zu TOP 3

Tagesordnung:

- 1 Aktuelle Situation des Tourismus in der Destination Bergstraße-Odenwald
- 2 Marktforschung zur touristischen Nachfrage und Themenkompetenz des Spessart, Tourismusverband Spessart Mainland e.V.
- 3 Energiewende auf kommunaler Ebene
- 4 Bericht aus dem Strategieforum FRM

Herr Scherf stellt die fristgerechte Ladung der Ausschussmitglieder fest. Ihm liegen keine Anträge zur Sitzung vor. Er stellt die Anwesenheit fest. Das Gremium ist beschlussfähig. In der heutigen Sitzung soll ein Austausch zu den wichtigen Themen stattfinden, die das wirtschaftliche Wohlergehen der Region sichern.

Dem Tourismus kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Zum einen als Einnahmequelle durch die Urlaubsgäste. Zum anderen steigert das touristische Angebot auch die Lebensqualität der Menschen hier vor Ort. Der Landkreis und seine Gemeinden bekennen sich klar zum Tourismus und unterstützen diesen unmittelbar und das Destinationsmarketing.

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Situation des Tourismus in der Destination Bergstraße-Odenwald

Frau Horn, Geschäftsführerin der Odenwald Tourismus GmbH, stellt die aktuellen Entwicklungen in der Destination Bergstraße-Odenwald anhand einer Präsentation vor.

Herr Scherf stellt bezugnehmend auf Folie sieben die Frage, was mit den Gemeinden passiert, die keiner touristischen Arbeitsgemeinschaft angehören.

Frau Horn berichtet, dass diese Kommunen bereits spüren, dass sie ins Hintertreffen geraten, wenn sie noch keiner touristischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind. Daher laufen bereits Gespräche im Hintergrund, auch im Odenwaldkreis beginnt die Diskussion.

Frau Seidel erkundigt sich nach dem Verdienst eines Gästeführers.

Frau Horn gibt 240 EUR als Honorar für ganztägige Führungen an, meist jedoch erfolgt der Einsatz stundenweise.

Herr Scherf fasst die vier Botschaften des Vortrages wie folgt zusammen:

1. Der Tourismus hat anspruchsvolle und komplexe Strukturen, die funktional sein müssen. Der Gast soll von den Strukturen nichts merken, sie sollen geräuschlos funktionieren. Daher war der gegebene Einblick sehr wertvoll.
2. Der Tourismus in der Region ist im Aufwind. Man ist jetzt bereits dabei, das Jahr 2019 zu übertreffen.
3. Man hat hier vor Ort viel von dem zu bieten, was die Menschen suchen. Es gibt ein vielfältiges, revitalisierendes Angebot. Man muss aber stetig besser werden. Daher begrüßt er das Angebot der Gästekarte BOC.
4. Den Aufruf, dass dringend Gästeführer*innen, insbesondere im Badischen Odenwald und in Amorbach gesucht werden, unterstützt er.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.
--

Tagesordnungspunkt 2:

Marktforschung zur touristischen Nachfrage und Themenkompetenz des Spessart, Tourismusverband Spessart Mainland e.V.

Herr Scherf begrüßt Herrn Seiterle. Er ist der Geschäftsführer vom Tourismusverband Spessart-Mainland. Dieser präsentiert Ergebnisse aus der Marktforschung zur Wahrnehmung der Marke und der Themenkompetenz. Es gilt, die Eigenwahrnehmung mit der objektiven Wahrnehmung abzugleichen und Optimierungsbedarfe zu identifizieren.

Herr Scherf weist daraufhin, dass bei den Belegungszahlen keine Betriebe mit Betten unter 10 Stück inkludiert sind. Daher darf man die absoluten Zahlen nicht als finale Größe annehmen. Dies ist nur ein Vergleichspunkt, die tatsächlichen Übernachtungszahlen liegen höher. Herr Seiterle ergänzt, dass er die Zahlen vom Statistischen Landesamt erhält, dieses rechnet erst mit Bettenzahlen größer 10.

Herr Oettinger merkt an, dass die Kommunen ebenfalls anonymisiert die Zahl der Übernachtungen und die Aufenthaltsdauer an das Statistische Landesamt melden. Er fragt, ob diese Zahlen für oftmals auch Kleinstunterkünfte nicht mit einfließen.

Herr Seiterle bestätigt, dass die Zahlen nicht miterfasst werden und damit die Belegungsübersichten ins Negative verfälschen.

Herr Scherf bestätigt, dass der Landkreis Miltenberg nicht so bettenstark ist und dem Tagestourismus daher eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung zukommt. Des Weiteren hat man viele kleine Übernachtungsbetriebe.

Herr Reinmuth hinterfragt das Marketingbudget, wenn vor einem Besuch nur 37 % der Befragten dem Spessart eine Themenkompetenz zutrauen, nach einem Vor-Ort-Aufenthalt sich die Anzahl aber signifikant auf 89 % erhöht. Er hätte hierzu gerne die Rohdaten gesehen.

Frau Seidel sagt zu, dass die der Auswertung zugrundeliegenden Daten zugesendet werden.

Frau Balleier sieht großes Potenzial in Punkto nachhaltiger Urlaub. Sie nimmt einen wachsenden Bedarf an Menschen wahr, die nicht wegfliegen möchten, sondern ökologisch vertretbare Urlaubsdestinationen suchen. Dabei spielt nicht nur die Form der Anreise, sondern auch zum Beispiel die Verpflegung vor Ort eine Rolle. Sie fragt, ob Herrn Seiterle diese Tendenz bekannt ist und es diesbezüglich bereits Ideen und Initiativen gibt.

Herr Seiterle verweist auf Nachhaltigkeitsinitiativen, die insbesondere auf Ebene der Bundesländer angesiedelt sind. Aktuell gibt es noch eine große Lücke zwischen Wollen und Tuen, wenn man die Tendenz aus dem Umfragewert sieht und das tatsächliche Buchungsverhalten. Er berichtet von einer Kampagne von vor fünf Jahren, bei der Urlaubsgästen Vergünstigungen gewährt wurden, wenn sie belegen konnten, dass sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln angereist sind. Leider war die Resonanz so gering, dass die Kampagne im zweiten Jahr nicht fortgesetzt wurde. Er wird weiterhin aktiv sein, auch die Dachverbände, teils mangelt es jedoch am Engagement der Gäste, diese Art von Urlaub zu unternehmen.

Frau Münzel gefällt die Odenwaldkarte, insbesondere der Aspekt der kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn. Sie glaubt an einen großen Motivationseffekt, sich vor Ort mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewegen. Sie fragt, ob auf der Spessartseite auch so eine Karte existiert bzw. ob es Überlegungen hierzu gibt.

Herr Scherf berichtet von der Strategie, erstmal die Einigung zwischen den Odenwäldern, dem RMV und der VAB abzuwarten. Für ihn ist die Notwendigkeit eines günstigen und verbundübergreifenden Tickets klar. Aktuell ist auch die bundesweite Entwicklung bezüglich des 9 EUR Tickets abzuwarten, in Berlin werden Gespräche für ein dauerhaft günstiges Angebot geführt.

Herr Seiterle berichtet, dass der Wille von drei Verkehrsverbünden zur Einigung bisher in nur begrenztem Maße vorlag. Herr Seiterle war sich mit seinem Kollegen aus dem Main-Kinzig-Kreis einig, dass die Karte nur funktionieren kann, wenn die kostenfreie Nutzung des öffentli-

chen Nahverkehrs inkludiert ist. Er freut sich für die Odenwälder, dass dort eine Einigung erzielt werden konnte. Für den Spessart ist man dabei. Aktuell läuft eine gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis beauftragte Machbarkeitsstudie, wie solch eine Karte konzipiert sein muss und welche Angebote sie beinhalten soll.

Herr Reichwein gibt zu bedenken, dann man in Punkto Nachhaltigkeit auch einmal schauen muss, wofür die Region steht. Als Kernkompetenzen hat Herr Seiterle Wandern und Radfahren angeführt. Dies sind für Herrn Reichwein nachhaltige Aspekte, und nachhaltiger als eine Städtetour mit diversen Bushaltestops. Die bisher geschlossenen Allianzen mit den Ladestationen und e-Bikes fördern diesen Ansatz und steuern den Tourismus in eine nachhaltige Richtung. Ob der ÖPNV da mitmacht oder nicht, ist in seinen Augen egal.

Herr Scherf ergänzt, dass aktuell über AMINA pilothaft eine Untersuchung zur Einführung von on-demand-Verkehren stattfindet. Gerade für die Wanderer könnten sich damit neue Möglichkeiten eröffnen. Er sieht noch Potenzial, den Aspekt der Nachhaltigkeit auch durch die Kulinarik mittels Regionalität zu verstärken.

Herr Seiterle ergänzt den Hinweis, dass der größte und schädlichste Faktor beim Urlaub die Anreise, die Mobilität ist. Durch die Lokalisierung in der Mitte von Deutschland sieht er bereits einen Vorteil für die Region und ihr Einzugsgebiet potenzieller Urlauber.

Frau Deckert möchte gerne gezielt auch mehr junge Familien für die Region begeistern.

Herr Seiterle nennt den Campingplatz von Kahl am Main als Referenz.

Herr Scherf ergänzt mit dem Hinweis auf den gut nachgefragten Campingkatalog. Camping ist ein sehr gut gehendes Standbein des Tourismus in der Region.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.
--

Tagesordnungspunkt 3:

Energiewende auf kommunaler Ebene

Herr Scherf begrüßt Herrn Gasper, den Geschäftsführer der ZENTEC GmbH und Leiter der Energieagentur. Von den vielen spannenden Transformationsprozessen hat der der Energiewende aus sehr traurigen Gründen eine viel intensivere Dynamik erhalten. Herr Gasper gibt einen Einblick zur Energiewende auf kommunaler und regionaler Ebene anhand einer Präsentation. Es gilt, die Tendenzen und Entwicklungen der nächsten Jahre sowohl planungsmäßig für die Region in der Hand zu haben als natürlich auch in der Umsetzung. Hierfür ist die Energieagentur der ideale Ansprechpartner. Letzten Herbst/Winter wurden bereits die Weichen für ein neues Klimaschutzkonzept gestellt.

Herr Scherf fasst im Anschluss zusammen, was auf Bundes- aber auch regionaler und lokaler Ebene getan werden kann:

Man befindet sich beim Thema Energieversorgung und -wende aktuell in einer Situation, die man von der Art, Intensität und dem Handlungsdruck schon lange nicht mehr erlebt hat. Der Bund verfolgt eine dreiteilige Strategie.

1. Als Aufgabenstellung bis Mitte des Jahres ist seitens Bundesregierung und Klimaschutzministerium vorgesehen, Rahmenbedingungen für einen maximal möglichen Ausbau regenerativer Energieversorgung in Deutschland zu schaffen.
2. Für die zweite Jahreshälfte ist geplant, eine belastbare Wasserstoffstrategie zu entwickeln. Über Wasserstoff wird in Deutschland bereits seit Jahren geredet. Wasserstoff muss dort, wo man aufgrund des Ausbaus von Energie, die gerade im Moment nicht nutzbar ist, zum Einsatz kommen. Die Energie ist in Wasserstoff umzuwandeln und neben der Speicher- sollte man natürlich auch eine Verteilungsstrategie haben. Dieser Strom wird regionsweise teils über Bedarf produziert und ist zu verteilen. Optimalerweise soll Ende 2022/Anfang 2023 das Thema der Planungsbeschleunigung angegangen werden. Man ist sich darüber im Klaren, dass bei dem bisherigen Tempo der Planung und Genehmigung von Projekten sowohl bei der Wasserstoffdistribution als auch bei der Energieerzeugung sonst erst eine Umsetzung in 2030 erfolgt.
3. Er sieht die Äußerung von Minister Habeck positiv, dass dieser die Einsetzung einer Kommission mit Erarbeitung eines Konzeptes zur Planungsbeschleunigung nicht als sinnvoll erachtet. Man will sich der Thematik aus dem Praktischen heraus annähern durch Pilotprojekte. Am Beispielthema LNG erläutert Herr Scherf, dass das aktuelle Tempo nicht kompatibel ist mit dem bestehendem Genehmigungsverfahren. Daher muss man zwingend in eine andere Form der Geschwindigkeit kommen.

Den Vortrag von Herrn Gasper bettet Herr Scherf in fünf Säulen ein, was man auf kommunaler Ebene tun kann:

1. Man hat ein aktuelles und regionales Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben, in dem die Energiebedarfe ermittelt werden. Der Energiemonitor liefert hierfür phantastische Grundlagen. Es muss die maximal mögliche Erzeugung angezeigt werden und wer dies umsetzt.
2. Regionalplanerisch besteht die Aufgabe – hier ist man im Regionalen Planungsverband bereits aktiv geworden – beispielsweise als Planungshilfe bei der Freiflächen-PV nach Kriterien. Objektiv will man nachvollziehbare Kriterien für die Bevölkerung und die Landwirtschaft aufstellen.
In der nächsten Sitzung soll der Umgang mit den neuen rechtlichen Möglichkeiten bei der Windkraft erörtert werden. Macht man dies regionalplanerisch oder überlässt man es jeder einzelnen Kommune, die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen. Hier sind schnelle und einfach umsetzbare Ideen gefragt. Es bestehen nun deutlich mehr Möglichkeiten. Der Vorbehalt Landschaftsschutzgebiet entfällt. Damit ist grundsätzlich eine Nutzung der Windkraft auch in Landschaftsschutzgebieten möglich. Nun gilt es zu überlegen, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien man es ggf. im

Odenwald und auch im Spessart haben möchte, damit man am Ende auch die Vorgabe des Bundes von 1,1 % bis Ende 2027, 1,8 % der Fläche bis Ende 2032 erreicht. Herr Scherf weist daraufhin, dass die Energiewende nicht nur gewünscht, sondern von der Industrie vor Ort auch dringend benötigt wird, sonst ist dieser die Existenzgrundlage entzogen. Wenn man, regionalplanerisch betrachtet, die gesetzliche Flächenvorgabe nicht erfüllt, dann hat man keine kommunale oder regionalplanerische Steuerungsmöglichkeit mehr. Dann ist die Windkraft privilegiert und dann ist sie überall grundsätzlich genehmigungspflichtig.

3. Die Kommunen können gemäß dem Energienutzungsplan selbst aktiv werden, wie von Herrn Gasper heute vorgestellt.
4. Als Kommunalpolitik ist dieses Thema offensiv anzugehen. Die erste Sitzung einer Arbeitsgruppe der Fraktionen zum Thema Energieversorgung fand bereits statt. Man hat sich bei einem Workshop in Niedernberg gemeinsam mit den regionalen Energieversorgern und -unternehmen an das Thema herangetastet. Dies soll in Zukunft weiter fortgesetzt werden, zum Beispiel auch beim Thema regionale Vermarktung des Stromes. Daher erfolgt das Engagement und die Kommunikation immer Regionen betont. Man wünscht nicht, dass Investoren der Börse anonym ihre Anlagen hier vor Ort vermarkten. Man möchte möglichst viel der regionalen Energiewende und -erzeugung selbst in der Hand haben. Daher waren auch die Stadtwerke Klingenberg, EZV Würth und die EMB Miltenberg an dem Termin beteiligt.
5. Herr Scherf appelliert an die Bevölkerung. Man benötigt dringend und zwingend eine positive Haltung zur Energiewende. Erneute langwierige Diskussionen, welche Potenziale erstmal anderweitig auszuschöpfen sind, zum Beispiel durch PV-Anlagen auf den Dächern oder bei der Freiflächen-PV, kann man sich aus zeitlichen Gründen nicht mehr leisten. Es muss adressatengerecht argumentiert werden – wenn bei der Argumentation der Politiker vor Ort der Klimaschutz als Argument nicht ausreicht, dann muss mit den örtlichen Arbeitsplätzen argumentiert werden. Ohne den Aufbau einer vernünftigen regionalen Energieversorgung in den nächsten Jahren wird man die Industrie vor Ort verlieren und damit auch unzählige Arbeitsplätze.

Herr Zöller verweist darauf, dass man bereits in 2011 ein Klimaschutzkonzept hatte. Aber aufgrund des Widerstandes Einzelner ist die Politik umgekippt. Er appelliert, jetzt standhaft zu bleiben.

Herr Scherf stimmt ihm zu. Noch bestehen Handlungsmöglichkeiten. Aber nur, wenn man es jetzt angeht, hat man es noch in regionalplanerischer Hand. Man hat viel Zeit verloren, die Situation ist kritischer geworden. Man hätte schon seit acht Jahren in die Umsetzung gehen können, dafür muss man auch Kompromisse schließen.

Herr Oettinger bemängelt die Bürokratie. Man ist nicht in der Lage, die sogenannten weißen Flecken mit Windkraft zu besetzen. Wenn jemand dagegen ist, dann scheitern die Vorhaben. Damit hat man Jahre verstreichen lassen. Solange es diese Einspruchs- und Klagemöglichkeiten gibt, sieht er für das nächste Jahrzehnt keine Fortschrittmöglichkeiten. Die Verbandsklagen waren mit positiven Gedanken eingeführt worden, jetzt behindern sie.

Herr Scherf bestätigt, dass die Erfahrungen der letzten Jahre wenig Mut machen. Für eine funktionierende Demokratie muss insgesamt den Menschen die Wahrheit gesagt werden, welche Maßnahmen unerlässlich sind, jeder hat ein Recht darauf, angehört zu werden, aber es gibt nicht den Anspruch, dass jeder erhört wird. Am Ende sind Kompromisse zu schließen. Gute Kompromisse zu schließen, hat man in den vergangenen Jahrzehnten verlernt. Man wollte es allen recht machen. Jeder sollte glücklich sein. Wenn die Politik diese Härte in der Sache nicht zeigt, dann ist er davon überzeugt, dass es ein Jahrzehnt des Scheiterns wird. In den 2030er Jahren hat man diese Handlungsmöglichkeiten nicht mehr. Daher hat man einen aktuellen Handlungsdruck.

Gemäß der Meinung von Herrn Grün sind dies alles langfristige Maßnahmen. Er zitiert aus einem Bericht der EMB, bei der er Aufsichtsratsvorsitzender ist: Die Bevölkerung ist sich der aktuellen Lage nicht bewusst und was im kommenden Jahr noch auf sie zukommt. Die EMB erwartet massive Preissteigerungen, die zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen werden. Servicepunkte organisieren gerade Sicherheitsdienste, die das Personal schützen sollen vor wütenden Bürger*innen nach Erhalt ihrer Jahresrechnung/neuen Abschlagzahlungen. Der Strompreis ist beispielsweise innerhalb eines Jahres an den Börsen um 266,03 % und das Gas um 388,63 % gestiegen. Dies bedeutet für einen durchschnittlichen Haushaltskunden zum aktuellen Zeitpunkt eine Mehrbelastung von rund 2.000 EUR pro Jahr. Da die Preisentwicklung weiterhin nur in eine Richtung geht, muss man ab 2023 von wesentlichen Mehrbelastungen ausgehen. Aus Sicht der EMB sind die aktuellen Zustände bereits dramatisch, da viele Bürger*innen bereits das aktuelle Preisniveau nicht mehr bezahlen können. Finanzielle Mittel fehlen, da die Lebenshaltungskosten allgemein stark angestiegen sind. Daher plädiert auch Herr Grün dafür, der Bevölkerung klar zu kommunizieren, was auf alle zukommt. Alle Ressourcen und Möglichkeiten, um die Energiewende aktuell anzugehen, müssen jetzt genutzt werden.

Herr Reinmuth spiegelt ein Stimmungsbild aus der Industrie wieder: Kurz vor der heutigen Ausschusssitzung hatte er eine Verbandssitzung. Da herrschte seines Erachtens die nackte Angst. Die Wärmebehandlung funktioniert mit Öfen. Die Gasnutzung war jahrelang die sauberste und wirtschaftlichste Möglichkeit zur Hitzeerzeugung für Härte- und Trocknungsprozesse. Man hatte umgestellt von Öl auf Gas, ist aber aktuell am Überlegen, ob man wieder auf Öl zurückgehen kann. Klimatechnisch ist dies natürlich keine gute Option. Für die Brenner hat man lange Lieferzeiten. Die Öltanks wurden damals zersägt. Es wird eine Bundes- oder Landesgenehmigung für mobile Tankanlagen zur Wärmeerzeugung benötigt. Alternativ ist eine direkte Wärmeerzeugung durch Strom zu überlegen. Bei Betrieben mit 3-Schicht-Betrieb wird man Zeitfenster haben, in denen keine Sonne scheint, regenerative Energie somit nur über Speicher genutzt werden kann. Es sind neue Trafos anzuschaffen. Diese kosten aktuell das Dreifache im Vergleich zu vor zwei Jahren und haben eine Beschaffungszeit von 14-16 Monaten. Die Bundesnetzagentur hat in seinen Augen die Verantwortung aufgebürdet bekommen zu entscheiden, wer von den Gasabnehmern im Herbst ggf. abgeschaltet werden muss und welche Lieferketten damit kollabieren mit all den Auswirkungen auf den jeweiligen Wirtschaftszweig und den Mittelstand.

Man hat die letzten zehn Jahre verstreichen lassen mit all den Einwänden von Bürgerinitiativen und einengenden Regularien. Es muss nun schnellstens eine gesamtpolitische Verantwortung übernommen werden.

Herr Scherf dankt für den Einblick und bekräftigt den Ernst der Lage. Man soll keine Panik schüren. Aber man muss gemeinsam der Bevölkerung im Landkreis sagen, dass ein extrem hoher Handlungsdruck besteht. Und auch wenn die vom Landkreis ergriffenen Maßnahmen noch keinen Effekt auf die kommenden zwei Winter haben werden, so sind dennoch die notwendigen Schritte bereits jetzt zu planen, um von einem Effekt in den nächsten drei bis vier Jahren zu profitieren.

Herr Gasper ergänzt, dass man das Problem nicht diesen Winter lösen kann. Aber das noch zu erstellende Konzept vom klimaneutralen Untermain umfasst unter anderem die Punkte wie Umstellung der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen auf regenerativ erzeugten Strom oder Wasserstoff auf Basis regenerativer Energieerzeugung und ist letztendlich Teil dieser Lösung. Das Beispielkonzept ist eine Studie, die es seit ca. drei Jahren gibt. Es fand eine genaue Betrachtung für Deutschland mit allen Wirtschaftsverbänden statt, wie das Energiesystem von Deutschland umgestellt oder umgerechnet werden kann auf Zyklusfähigkeit. Herr Gasper hat den Eindruck, dass sich die Wahrnehmung der Bevölkerung dreht. Aber man muss vor Ort viel präsenter werden. Die Bürger*innen müssen kommunikativ vor Ort abgeholt werden. Es muss in Präsenzterminen Erklärungen geben, wie es funktionieren kann bei den örtlichen Gegebenheiten und welche Zusammenhänge bestehen.

Herr Scherf informiert, dass er für den 14. Juli 2022 die fraktionelle Arbeitsgruppe Energie wieder eingeladen hat. Die heutige Diskussion bestärkt, dass eine parteiübergreifende Resolution vorbereitet werden solle, um dem Ernst der Situation angemessen und den Handlungsbedarf anerkennend sich an die Öffentlichkeit mit einem Bekenntnis zur Umsetzung der Energiewende in regionaler Hand zu wenden.

Frau Münzel spricht das Thema Einsparpotenziale bei der Verwaltung und den Kommunen an. Nach ihrem Eindruck fühlt sich die Bevölkerung aktuell als Opfer nach dem Aufruf von Minister Habeck zum Frieren im Winter. Sie regt an, dass die Kommunen vorbildhaft vorangehen und plädiert daher für eine diesbezügliche Ansprache der Kommunen, verbunden mit Tipps zum Energiesparen.

Frau Balleier weist auf Probleme, resultierend auf der Verbreitung von Falschinformationen, hin. Diese Personen sind stärker anzusprechen und bloßzustellen.

Herr Reichwein hinterfragt, wie autark der Landkreis Miltenberg und auch seine einzelnen Kommunen sind. Die Stadt Klingenberg ist zu 100% autark. Es fehlt ihm in der aktuellen Diskussion die Vielfalt der regenerativen Energien. Es gibt suggeriert nur noch Photovoltaik oder Windkraft. Er wirbt dafür, auch Bioanlagen und wassergetriebene Mini-Kraftwerke in Betracht zu ziehen. Neben dem Energieproblem gilt es auch, das Problem der Wasserknappheit anzugehen.

Herr Scherf weist daraufhin, dass im Klimaschutzkonzept für die Region sämtliche Potenziale untersucht werden. Den größten Hebel hat man über Windkraft und PV.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.
--

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht aus dem Strategieforum FRM

Herr Scherf berichtet zum Strategieforum:

Nach zahlreichen Gesprächen über Zusammensetzung und Ziele eines solchen Forums fand am 18. Januar 2018 in Frankfurt die konstituierende Sitzung des „Länderübergreifenden Strategieforums FrankfurtRheinMain“ statt, aus dem Landkreis Miltenberg mit Landrat Scherf als Vertreter der kommunalen Ebene vom Bayerischen Untermain.

Das „Länderübergreifende Strategieforum FrankfurtRheinMain“ hat das Ziel, erstmals über Ländergrenzen hinweg strategische Leitlinien und Visionen für die gesamte Region zu entwickeln. In diesem Think-Tank, mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Wirtschaftskammern und Landesregierung der vier Länder Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sollen tragfähige und zukunftsorientierte Konzepte für die Region entwickelt werden. Zugleich sollen die in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vorhandenen, zahlreichen Initiativen und Prozesse besser miteinander verzahnt werden. Das Strategieforum bearbeitet vorrangig folgende Themen:

- Digitalisierung vorantreiben und innovative Konzepte und Pilotprojekte im Bereich "smart region" erdenken,
- Konzepte zur Planungsbeschleunigung erarbeiten,
- Beiträge zur Förderung der länderübergreifenden Mobilität ausarbeiten,
- Stärkung der Wirtschaft v. a. im Bereich Gründungsgeschehen und Fachkräftesicherung.

Die Beteiligung der vier Landesregierungen am Strategieforum ist eine wesentliche Voraussetzung, „um den Spirit der Gemeinsamkeit auch in der Umsetzung in Politik und Verwaltung zum Tragen kommen zu lassen“.

Die Fachgruppen:

- Die **Fachgruppe Smarte Region** verfolgt unter Leitung von Landesministerin Frau Prof. Sinemus (vormals Präsidentin der IHK Darmstadt), das Ziel das Thema der smarten Region FRM erfolgreich länderübergreifend zu positionieren. In sechs Sitzungen und zwei Unterarbeitsgruppen zum Green Deal Call und dem Bundeswettbewerb "Smart Cities made in Germany" konnten unter Beteiligung von Akteur:innen der gesamten Metropolregion Kooperationen geschmiedet, Projekte entwickelt und realisiert werden. Unter anderem konnte die Best Practice-Datenbank mit kommunalen Digitalisierungsprojekten auf der Seite des Strategieforums implementiert und ein Workshop innerhalb des hessischen Kongresses "Digitale Städte - Digitale Regionen 2020" realisiert werden. Zuletzt wurde das länderübergreifende Forschungsprojekt "Erarbeitung eines Smart Region-Konzepts" unter Leitung des Fachgruppenmitglieds, Herrn Prof. Heimer (Hochschule Rhein-Main), seitens der Fachgruppe angestoßen und fachlich begleitet. Die Fachgruppe "Smart Region" hat damit sehr erfolgreich konzeptionelle Grundlagen für eine Smart Region Frankfurt RheinMain gelegt. Die Arbeit der Fachgruppe wird neu ausgerichtet und das Gremium zu einer ad-hoc-Expertengruppe weiterentwickelt. Künftig wird die Fachgruppe "Smart Region", wenn das Strategieforum Frankfurt RheinMain eine konkrete Aufgaben- oder Fragestellung hat, aktiviert werden. Unmittelbar positive Wirkungen auf den Bayerischen Untermain und den Landkreis Miltenberg haben u.a. auf den Fachbereich digitale Transformation bei der ZENTEC und der Wissenstransfer zur Aktivierung der Stadtkerne und des Einzelhandels vor dem Hintergrund der Digitalisierung, welches einer der Schwerpunkte des Regionalmanagements der Initiative Bayerischer Untermain in der neuen Förderperiode sein wird.
- Die **Facharbeitsgruppe Mobilität** unter Leitung von Herr Landrat Krebs und Mitarbeit von Landrat Scherf hat u.a. das Projekt „Metropolregionsticket“ angestoßen. Aufgrund

der Komplexität braucht dieses Thema eine breite politische Unterstützung. Es bedarf nun einer konkreten Bestandsaufnahme und Erarbeitung einer umsetzbaren Lösung einer Gesprächsrunde mit allen vier beteiligten Ländern und allen betroffenen Verkehrsträgern und -gesellschaften auch jenseits des RMV. Ziel sei eine dauerhafte Implementierung des Metropolregionstickets und keine kurzfristige Lösung wie das derzeit geplante 9-€-Ticket. Ob eine langfristige Nachfolge des 9-€-Tickets das Metropolregionsticket überholt, wird nun zu beobachten sein.

Weiteres Projekt ist die länderübergreifende Ausdehnung des Handwerkerparkausweises, aktuell am Bayerischen Untermain, erfolgreich beendet wurde der Prozess der Anerkennung durch die ivm GmbH. Während Landkreis und Stadt Aschaffenburg die Vereinbarung bereits unterzeichnet haben, fehlen im Landkreis Miltenberg noch einige Unterschriften. Der Handwerkerparkausweis ermöglicht gleiche Arbeitsbedingungen für die bayerischen Handwerksbetriebe in den hessischen Städten der Metropolregion und wurde von Landrat Jens Marco Scherf in Abstimmung mit der Handwerkskammer Unterfranken und dem Regionalmanagement der Initiative Bayerischer Untermain im Strategieforum der Metropolregion platziert.

Schwerpunkt in der Fachgruppe ist Erstellung des Mobilitätskonzeptes für die Metropolregion. Hier muss nichts wiederholt werden, was bereits an Strukturen, Maßnahmen und Ideen in der Region vorhanden sei. Es geht insbesondere um neue innovative Vorschläge, die Zusammenführung bisheriger Konzepte und zukunftsfähige Lösungen für länderübergreifende Probleme. Auch müssen die veränderten Arbeitsstrukturen insb. wegen post-Corona bei der Erstellung des Konzeptes Berücksichtigung finden, wenn körperliche Anwesenheit nicht mehr zwingend täglich vor Ort erforderlich sei. Die Ausschreibung läuft. Die Erstellung des länderübergreifenden Mobilitätskonzeptes wird über einen Zeitraum von 30 Monaten laufen, die Aufteilung der mit der Beauftragung des Projektträgers verbundenen Kosten teilen sich die vier Länder gemäß eines Mobilitätsfaktors, der eine Darstellung der prozentualen Betroffenheit der beteiligten Länder ermöglicht. Die finanzielle Beteiligung der vier Länder an dem Mobilitätskonzept sei so nachvollziehbar und „verursachungsgerecht“ berechnet. Der Mobilitätsfaktor schlüsselt sich für die Länder dabei wie folgt auf Hessen 66%, Rheinland-Pfalz 17%, Baden-Württemberg 6% und Bayern 11% auf.

- Aus der dritten **Fachgruppe Planungsbeschleunigung**, wird nach der noch ausstehenden Rückmeldungen aus Baden-Württemberg ein Bericht mit konkreten Vorschlägen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse an die Bundesregierung übersandt werden. Was als elementar für die Metropolregion mit ihren knapp 6 Millionen Einwohnerinnen und einem BIP, welches sie in puncto Wirtschaftskraft als eigenständiges Land/Staat auf Platz 11 innerhalb der EU einordnen würde, gedacht war, kann nun bundesweit wichtige Impulse und konkrete Ansätze für die aktuell intensiv diskutierte Planungsbeschleunigung bei Verkehrs- und Energieinfrastruktur geben. Wirtschaftsminister

- Die Fachgruppe Gründerregion hat unter Leitung von IHK-Präsident Martiné vielfältige Aktivitäten zur Umsetzung des „Memorandum of Understanding“ (MoU) umgesetzt. In Arbeit ist eine „landing page“ sowie Veranstaltungen zu den Themen Bürokratieabbau und Unternehmensnachfolge. Eine größere Veranstaltung der Fachgruppe findet am 14.09.2022 im HUB31 in Darmstadt mit Herrn Staatsminister Wintermeyer statt. Hier steht insbesondere die Unternehmensgründung durch Frauen im Mittelpunkt, da sich deutlich zeige, dass die überwiegende Mehrheit der Gründer männlich sei. Erfolgreich abgeschlossen ist der Prozess zur Vernetzung und zur Initiierung der Kooperation der Gründerzentren in der Metropolregion. Das Land Hessen beteiligte sich wegen der enormen Bedeutung insb. der Themen Vernetzung, Bürokratieabbau und Unternehmensnachfolge für Gründerinnen und Gründer an der Bund-Länder-Task-Force „Bürokratieabbau / Unternehmensnachfolge“. Sobald hieraus Ergebnisse vorliegen, wird die Fachgruppe Gründerregion sowie ggf. die Mitglieder des Strategieforums hierüber unterrichtet werden. Ziel ist es, das bereits in der Metropolregion vorhandene Gründerökosystem, welches mehr als 60 Gründerzentren, Inkubatoren etc. aufweist, weiter zu stärken. Die erstmalig auf Initiative des Strategieforums durchgeführte Veranstaltung „Gründerhub-Meetup“ am 21.11.2019 hat verdeutlicht, dass es in der Region hervorragende Beratungs- und Unterstützungsstruktur gibt.

Die 8. Sitzung des Strategieforums der Metropolregion wird im Herbst 2022 am Bayerischen Untermain stattfinden. Die Sitzungen sind nicht-öffentlich, jedoch werden die Protokolle veröffentlicht unter www.strategieforum-frankfurt-rheinmain.de.

Frau Seidel ergänzt nachrichtlich zum Handwerkerparkausweis, dass mittlerweile alle 33 Unterschriften vorliegen und somit Vollzug für den Landkreis Miltenberg gemeldet werden kann.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Mika
Schriftführerin